



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer (CDU)

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 86 / Februar 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Februar-Plenartagung standen wegweisende Abstimmungen auf der Tagesordnung des Europäischen Parlaments (EP): Nachdem ein neues Rahmenabkommen zu den Beziehungen unseres Parlaments zur EU-Kommission geschlossen worden war, wählten wir die 26 Kommissare der neuen Kommission. Mit großer Mehrheit wurde eine sehr kritische Stellungnahme zur Situation in der Türkei angenommen. Und mit seiner Ablehnung des SWIFT-Abkommens über den Datenaustausch mit den USA übte das EP erstmals sein neues, im Lissabon-Vertrag verankertes Vetorecht aus.

Gewählt: Neue EU-Kommission

Mit der Abstimmung über die Zusammensetzung der neuen Kommission kann die Arbeit des Kollegiums um Präsident Barroso endlich beginnen. Nachdem die Wahl der Kommission durch den Rückzug der bulgarischen Kommissarsanwärterin Jelewa auf die jetzige Februar-Sitzung verschoben werden musste, kann sich die nun bestätigte Kommission den Herausforderungen der kommenden Jahre stellen. Mit 488 Stimmen wird das Kommissarskollegium von den großen Fraktionen der Europäischen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Liberalen getragen. Es ist die erste Kommission, die auf der Grundlage des Vertrages von Lissabon arbeitet und nunmehr besonders für dessen Umsetzung zuständig. Barroso kün-

digte an, dass er dies in einer besonders engen Zusammenarbeit mit dem Parlament nutzen werde, um gemeinsam die "Idee Europa" voranzubringen. Ich selbst verspreche mir besonders viel von John Dalli, dem neuen Maltesischen Kommissar für Lebensmittelsicherheit und Gesundheit. Er ist Christdemokrat und steht mit beiden Beinen fest auf der Erde, hat also im Gegensatz zu seinen Vorgängern kein "Sendungsbewusstsein". Hiervon konnte ich mich bereits im Dezember in stundenlangen Gesprächen unter vier Augen überzeugen. Bemerkenswert: Direkt nach seiner Wahl suchte er persönlich eine Reihe von Abgeordneten, so auch mich, in ihren Büros auf, um sich für das Vertrauen zu bedanken und versprach eine gute Zusammenarbeit!

Verhandlungserfolg: Neue Rechte

Wegen der zusätzlichen Rechte, die das EP mit dem Lissabon-Vertrag erhielt, war es notwendig, die Beziehungen zwischen der Kommission und dem Parlament neu zu regeln. Im entsprechenden Rahmenabkommen konnten unsere Verhandlungsführer wichtige, sogar über den Vertrag von Lissabon hinausgehende Rechte erstreiten. So verpflichtet sich die Kommission nun, das EP und den Rat künftig gleich zu behandeln und umfassend Rechenschaft abzulegen, z.B. in Bezug auf den Europäischen Auswärtigen Dienst. Auch Jahresprogramme und Leitlinien der Kommission bedürfen nun einer Zustimmung des Parlaments. Das wohl wichtigste Recht ist aber das indirekte Initia-

tivrecht: Die Kommission ist nun verpflichtet, innerhalb von drei Monaten auf einen Gesetzesvorschlag des EP zu reagieren und ggfs. innerhalb eines Jahres einen Entwurf auszuarbeiten. Lehnt sie den Vorschlag ab, muss sie dies ausführlich begründen.

SWIFT: Datenklau gegen Terror?

Mit Spannung war das Votum des EP zum SWIFT-Abkommen über die Weitergabe europäischer Bankdaten an die USA zur Aufdeckung terroristischer Aktivitäten erwartet worden. Der Ministerrat hatte das Abkommen am 30.11.2009, also unmittelbar vor dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages, unterzeichnet, damit das EP nicht mitentscheiden konnte. Allerdings hatten wir durchgesetzt, dass nur ein Interimsabkommen geschlossen wurde, damit wir an der Aushandlung eines neuen Langfrist-Vertrages mit den USA beteiligt werden müssen. Keine Mehrheit bekam der Antrag meiner EVP-Fraktion, die Abstimmung um vier Wochen zu erschieben. Wir wollten einen Konflikt mit den USA vermeiden und durch Nachverhandlungen bereits in dem seit dem 1. Februar '10 gültigen Interimsabkommen bessere Datenschutzregeln verankern. Bei der anschließenden Abstimmung über SWIFT stimmte eine Zwei-Drittel-Mehrheit, zu der auch die CDU/CSU-Abgeordneten gehörten, mit "Nein". Diese Ablehnung gilt aber nicht den USA, sondern dem Ministerrat und der EU-Kommission, die unter völliger Missachtung der Meinung der europäischen Volksvertreter einen schlechten Vertrag zuungunsten unserer Bürgerinnen und Bürger ausgehandelt hatten, indem sie den USA ein regelrechtes Selbstbedienungsrecht einräumten. Nun muss mit Washington über ein neues Abkommen verhandelt werden, das den Datenschutzbestimmungen der EU entspricht.

Kroatien: Willkommen!

Mit großer Mehrheit nahmen wir Entschlüsse zu den Fortschrittsberichten der Kommission über die drei EU-Beitrittskandidaten an. In Kroatien und in

der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien waren die Entwicklungen sehr vielversprechend. Deshalb begrüßen wir die baldige Aufnahme Kroatiens in die EU.

Türkei: "Rückschrittsbericht"

Bei der Türkei ist es hingegen fast zynisch, überhaupt noch von einem Fortschrittsbericht zu sprechen. "Rückschrittsbericht" würde die Situation besser beschreiben: Meinungs- und Pressefreiheit werden durch Repressalien gegen regierungskritische Journalisten und Medien immer weiter eingeschränkt. Religiöse Minderheiten sind Diskriminierungen und Enteignungen ausgesetzt. Gleichzeitig versucht Ministerpräsident Erdogan, die Islamisierung des Landes voranzutreiben: Neben seinem andauernden Kampf gegen das Kopftuchverbot will er nun das Mindestalter für Koranschulen aufheben. Ist das etwa frühkindliche Erziehung auf Türkisch? Die Situation der Frauen ist unverändert schlecht, die Anzahl der Ehrenmorde steigt. Ich meine: Ein Land, in dem ein 16-jähriges Mädchen lebendig begraben wird, weil es mit Männern spricht, in dem bereits 15-Jährige nach einem Anti-Terror-Gesetz inhaftiert werden können, in dem fortlaufend Oppositionsparteien verboten und religiöse Minderheiten schikaniert werden, ist Generationen von einem EU-Beitritt entfernt! Beleidigt verkündete denn auch der türkische EU-Chefunterhändler, er nehme die Entschliebung nicht ernst. Genau dies sollte er aber tun!

Bis zum nächsten Straßburgbrief im März grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: renate.sommer@europarl.europa.eu

www.renate-sommer.de